

Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW

Stellungnahme:

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW fordert die neue Landesregierung auf, nicht nach Afghanistan abzuschieben und sich für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan einzusetzen.

Eine Abschiebung in Sicherheit und Würde ist in Afghanistan derzeit nicht gewährleistet. Afghanistan befindet sich momentan im Krieg mit 20 terroristischen Gruppierungen, und die Sicherheitslage hat sich – nicht nur durch den Anschlag auf die deutsche Botschaft in Kabul am 31.05.2017 - sehr verschlechtert. Die Zahl der zivilen Opfer in Afghanistan ist weiterhin sehr hoch. Vor allem beobachten wir mit großer Sorge eine starke Verunsicherung unter jungen Afghanen, die sich hier in Deutschland in Integrationsmaßnahmen befinden und auf ihre Anerkennung warten. Permanente Androhung einer Abschiebung und Unklarheit fördern einen Zustand der Angst und Hoffnungslosigkeit.

Die Sicherheitslage muss deshalb unter besonderer Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte aktuell neu bewertet werden. Wir halten einen derzeitigen Abschiebestopp zum Schutz der Menschen für dringend geboten. Wir setzen uns für eine Bleiberechtsregelung für afghanische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Deutschland ein, die insbesondere jungen Menschen Integrationsperspektiven eröffnet. Menschen Todesgefahr auszusetzen missachtet humanitäre Grundlagen sowie Flüchtlings- und Menschenrechte.

Beschluss der Trägerkonferenz der „Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW“ am 03.07.2017